

**Gegenstand: Nutzen-Kosten-Untersuchung eines S-Bahn-Haltes Speyer-Süd;  
Vorstellung durch Herrn Andreas Huber, PTV AG, Karlsruhe**

Der Vorsitzende berichtet, dass er bei der Einweihung der S-Bahn-Teilstrecke nach Germersheim in Anwesenheit von Vertretern des Landes die positiven Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Untersuchung des S-Bahnhaltes Speyer-Süd bekannt gegeben habe.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Huber von der BTV AG. Herr Huber erläutert die Nutzen-Kosten-Untersuchung. Anschließend werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Ausschussmitglied Dr. Jung begrüßt die Einrichtung des Haltepunktes. Es bringe eine Verbesserung, wenn zwischen den Bahnübergängen Schützenstraße und Alte Schwegenheimer Str. eine weitere Möglichkeit zur Querung der Gleise für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werde. Er spricht sich für die Variante mit der Unterführung und den Rampen aus.

Der Vorsitzende erklärt, als nächster Schritt würde das Gutachten dem Land vorgelegt und um eine Inaussichtstellung der Mittel gebeten.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

**Gegenstand: Energiebericht (Wärme) 2004/2005**  
**Vorlage: 0217/2006**

Die Vorlage und die Tischvorlage sind und Bestandteil des Beschlusses.

Die Ausschussmitglieder erhalten als Tischvorlage ein DIN A 3-Blatt mit einer klimabereinigten Zusammenstellung der Verbrauchszahlen aller städtischen Objekte.

Herr Ritter erläutert, bei dem angestiegenen Verbrauch bei 29 Objekten handle es sich um den tatsächlichen Verbrauch. Deshalb sei die Liste mit den klimabereinigten Zahlen verteilt worden. In Zusammenarbeit mit der TDG seien zahlreiche Maßnahmen durchgeführt worden. Im Vergleich zu 2003 sei der Verbrauch um ca. 1.000 MW zurückgegangen. Heizungs- und regelungstechnisch sei alles auf dem neuesten Stand.

Ausschussmitglied Ableiter empfiehlt keine Klimaanlage einzubauen, da diese Geräte den Energieverbrauch unnötig in die Höhe treiben würden. Im Winter könne gar nicht so viel Energie eingespart werden, wie eine Klimaanlage im Sommer verbrauche. Außerdem empfiehlt er den Einbau von Solar-Thermie-Anlagen.

**Beschluss (einstimmig):**

**Der Bau- und Planungsausschuss nimmt den Energiebericht (Wärme) 2004/2005 zustimmend zur Kenntnis.**

**Gegenstand: Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Oberen Langgasse;  
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 11.09.2006 (Stadtrat  
21.09.2006)  
Vorlage: 0158/2006/1**

Der Tagesordnungspunkt wird erörtert. Im Verlauf der Aussprache führen Eltern ihre Kinder durch den Sitzungssaal an den Ausschussmitgliedern vorbei mit dem Hinweis, es handle sich hier um die Kinder, die dort wohnen.

Der Vorsitzende trägt zu Beginn der Aussprache vor, der Antrag sei in der Verkehrskommission behandelt worden. Dort seien vier Alternativen diskutiert worden, mit dem Ergebnis, dass die Überquerungshilfe als adäquate Lösung angesehen worden sei.

Ausschussmitglied Dr. Jung bittet die Verwaltung zu erläutern, warum sie dort einen Fußgängerüberweg ablehne.

Herr Pahle antwortet, maßgeblich seien die Richtlinien zur Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen. In verschiedenen Verkehrszählungen seien die Fahrzeuge und Fußgängerquerungen gezählt worden. Die nach den Richtlinien geforderten Zahlen seien nicht erreicht worden. Außerdem müsse der Abstand zu der nächsten Fußgängerampel mindestens 200 m betragen. Egal an welcher Stelle man einen Fußgängerweg einrichten wolle, die 200 m Mindestabstand seien immer unterschritten.

Ausschussmitglied Dr. Jung weist darauf hin, dass es sich nicht um ein Gesetz handle und die Möglichkeit bestünde, in begründeten Fällen Ausnahmen zu machen. Er möchte wissen, wieso die Verwaltung hier eine solche Vorgehensweise nicht für angezeigt halte.

Herr Pahle antwortet, die Ausnahmen seien in den Richtlinien nicht differenziert dargelegt. Denkbar wären solche Ausnahmen in der Nähe von Schulen oder Altenheimen. Es gebe dort zwar ein Altenheim, die Verwaltung gehe jedoch davon aus, dass die Senioren sich in Richtung Innenstadt orientieren würden und nicht die Obere Langgasse in Richtung Wohngebiet Storchengarten überqueren wollten.

Ausschussmitglied Dr. Jung fragt, ob die kommende Änderung der Schulbezirke mit der daraus folgenden Änderung der Schülerzahlen im Sinne einer Hochrechnung berücksichtigt worden seien.

Herr Pahle antwortet, die Verwaltung sei von den tatsächlichen Zahlen ausgegangen und habe die Erweiterung des Einzugsgebietes in die Überlegungen mit einbezogen. Es werde erwartet, dass die Schüler an der Einmündung Burgstraße die Fußgängerdrückkoppel benutzen würden. Als zweiter Punkt biete sich aus der Gerhart-Hauptmann-Straße kommend die Überquerung an der Stadthalle an, da hinter der Stadthalle der Weg durch den Park direkt in die Mühlturnstraße führe. Es werde nicht erwartet, dass sich die Kinder aus der Burgstraße und der Gerhart-Hauptmann-Straße zur Mitte der Oberen Langgasse hin orientieren würden.

Ausschussmitglied Roßkopf erklärt, die Verkehrskommission sei nach eingehender Beratung zu dem Schluss gekommen, dass nur eine Überquerungshilfe in Frage komme.

Herr Pahle erklärt, seitens des Verbandes der deutschen Versicherungswirtschaft werde zu dem Thema Schulwege darauf hingewiesen, dass die Schüler Umwege in Kauf nehmen sollten, um signalisierte Kreuzungen bzw. Überquerungshilfen zu nehmen. Aus Sicht der Verwaltung hätten Überquerungshilfen den Vorteil, dass beide Verkehrsteilnehmer

aufeinander achten müssten und der Fußgänger nur eine Fahrbahnseite im Auge haben müsste.

Der Vorsitzende ergänzt, dass sich auch die Polizei für eine Überquerungshilfe ausgesprochen habe.

Ausschussmitglied Ableiter spricht sich dafür aus, wenigstens eine Überquerungshilfe zu installieren.

Der Vorsitzende schlägt vor, zugunsten der Überquerungshilfe zu entscheiden und die Verwaltung zu beauftragen, die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in einer Größenordnung von rd. 20.000,-- € im Nachtragshaushalt anzumelden.

**Beschluss (einstimmig):**

**Der Bau- und Planungsausschuss entscheidet zugunsten der Überquerungshilfe. Die Verwaltung wird beauftragt, dafür im Nachtragshaushalt 20.000,-- € anzumelden.**

**Gegenstand: Fußgängerüberweg Schützenstraße/Mühlurmstraße; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 25.11.2006**  
**Vorlage: 0230/2006**

Der Vorsitzende berichtet, bei einer Verkehrskontrolle am vergangenen Montag seien innerhalb einer Stunde acht Fahrzeugführer beanstandet worden, die einen Bußgeldbescheid und 4 Punkte in Flensburg erhalten würden. Es handle sich allerdings nicht um einen Unfallschwerpunkt.

Herr Pahle erklärt, der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion sei Anlass für die Verkehrskontrolle gewesen.

Ausschussmitglied Dr. Jung fragt, ob über diese Kontrolle hinaus noch weitere Kontrollen oder sonstige Maßnahmen geplant seien.

Herr Pahle antwortet, seitens der Polizei sei zugesichert worden, künftig weitere Kontrollen im Stadtgebiet durchzuführen.

Ausschussmitglied Ableiter spricht sich für weitere Kontrollen aus.

Ausschussmitglied Cußler schlägt vor, eine Blinkanlage an dem Fußgängerüberweg zu installieren.

Herr Pahle antwortet, die STVO sehe einen sparsamen Einsatz der Blinklichter vor. Sie sollten nur an besonderen Gefahrenstellen angebracht werden. Eine Ausarbeitung hierzu werde dem Protokoll beigefügt. Der Fußgängerüberweg in der Schützenstraße sei von der Sichtbarkeit und der lichttechnischen Ausstattung her einer der besten. Die Ursache für die Verstöße sei in der gesunkenen Verkehrsmoral zu suchen.

Der Vorsitzende fasst als Ergebnis zusammen: Der Bau- und Planungsausschuss appelliert an die Polizei in den nächsten Wochen verstärkt weitere Kontrollen durchzuführen, bis dort wieder normale Verhältnisse eingeleitet sind.

Dagegen werden keine Einwendungen erhoben.

**Gegenstand: Radwegekonzept**

Der Vorsitzende berichtet, das Radwegekonzept sei in der Verkehrskommission behandelt worden. Die Kommission habe dem Konzept bis auf zwei Punkte zugestimmt: Die Benutzung des Radweges in der Burgstraße und in der Iggelheimer Straße parallel zur Bahnlinie sei momentan Pflicht. Der ADFC wünsche eine Aufhebung der Benutzungspflicht, damit der Radfahrer auch die Gelegenheit zur Benutzung der Straße habe. Der Fahrradbeauftragte lehne aus Sicherheitsgründen diese Änderung ab.

Ausschussmitglied Dr. Jung plädiert dafür, auch in Zukunft in bestimmten Zeitabständen die Situation der Radwege zu untersuchen.

Die Ausschussmitglieder Dr. Lorenz und Roßkopf sprechen sich für die Aufhebung der Benutzungspflicht aus.

Ausschussmitglied Feiniler plädiert für die Beibehaltung der Benutzungspflicht.

Ausschussmitglied Ableiter stimmt dem Konzept zu, mit Ausnahme der Punkte, die den Wünschen des ADFC widersprechen.

**Beschluss:**

- 1. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem Radwegekonzept einstimmig zu.**
- 2. Der Bau- und Planungsausschuss stimmt bei 4 Gegenstimmen für die Beibehaltung der Benutzungspflicht.**

**Gegenstand: Interkommunale Kooperation "3 Städte 3 Plätze" - Umgestaltung St.-Guido-Stifts-Platz**  
**Vorlage: 0237/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende trägt vor, die Verkehrskommission habe eine Vorentscheidung getroffen. Nun sei beabsichtigt, die Arbeitsgemeinschaft Karl Bauer, Karlsruhe – StetePlanung, Darmstadt mit einer vertiefenden Entwurfsplanung zu beauftragen. Die Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft sollten nochmals in die Verkehrskommission eingeladen werden, um die Punkte, die den Ausschussmitgliedern wichtig waren, noch mal herauszuarbeiten. Die Kosten der zweiten Planungsstufe seien noch von dem veranschlagten Budgets abgedeckt. Die Förderung durch Städtebauförderungsmittel sei zugesagt. Die Bereitstellung weiterer Mittel sei erst in der Umsetzungsphase erforderlich.

Ausschussmitglied Ableiter spricht sich gegen die Vorlage aus. Er lehnt eine Verringerung der Parkplatzzahl ab.

Ausschussmitglied Biskop kritisiert, dass den Planern der ARGE Bauer keine Zahlen zur Auslastung des St. Guido-Stifts-Platzes vorgelegen hätten. Sie regt eine Analyse an, um festzustellen, in welchem Verhältnis von Kurzzeitparkern zu Dauerparkern der Parkplatz ausgelastet sei. Außerdem sollte festgestellt werden, in welcher Höhe Einnahmen durch den Wegfall der Parkplätze verloren gingen. Die Schaffung von Alternativen im Bereich Hirschgraben wäre begrüßenswert.

Ausschussmitglied Feiniler schlägt vor, im Bereich Hirschgraben Ersatzparkplätze zu schaffen.

Ausschussmitglied Boiselle stimmt unter der Voraussetzung zu, dass die Zahl der Parkplätze mindestens erhalten bleibt, möglichst sogar noch erweitert wird.

Der Vorsitzende betont, dass die Chance zur Aufwertung der städtebaulichen Situation nicht zugunsten der Vermehrung der Parkplatzzahl vertan werden dürfe.

### **Beschluss (einstimmig):**

**Der Bau- und Planungsausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Die ARGE Karl Bauer, Karlsruhe - StetePlanung, Darmstadt wird mit einer vertiefenden Entwurfsplanung beauftragt.**

19. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 13.12.2006

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4.1

---

**Gegenstand: Erneuerung der L 528 "Kurt-Schumacher-Straße" im Vollausbau,  
Teilabschnitt Friedrich-Ebert-Straße bis Wingertsgewann  
Vorlage: 0228/2006**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss (einstimmig):**

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt den Plänen der Tiefbauabteilung zur Erneuerung der Kurt-Schumacher-Straße zu.

19. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 13.12.2006



19. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses 13.12.2006 **Werner Schineller**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!